

## PRESSEMITTEILUNG

23.09.2010

### Schnelles Internet:

#### Der Ländliche Raum ist auf „Digitalen Sauerstoff“ angewiesen“

„Endlich klare Worte, wie und wann auch die ländlichen Regionen an schnelles Internet angeschlossen werden“, kommentiert Brigitte Scherb die von der EU-Kommission jetzt angenommenen Maßnahmen zum Ausbau der Glasfasernetze. Wichtig sei, dass die EU-Kommission den Zeitrahmen fixiert hat, bis wann Internet mit Übertragungsraten von 30 Megabit pro Sekunde ohne Ausnahme und weiße Flecken endlich allen Bürgern zusteht.

Nach dem Willen der EU-Kommission soll das 2020 der Fall sein. Maßnahmen zur Regulierung und zum Wettbewerb müssen nun so gestaltet werden, dass niemand mehr mit Light-Versionen von einem oder zwei Megabit pro Sekunde abgespeist werden kann. Zu begrüßen sei auch die Bekenntnis zum Ausbau der Glasfasernetze. „Wir sind uns bewusst, dass hier riesige Investitionen notwendig sind, um die Leitungen bis in die Dörfer zu verlegen. Ungleich kostspieliger wird es aber, wenn den ländlichen Regionen die Segnungen des schnellen Internets auf Dauer verwehrt bleiben“, so die Meinung der Präsidentin. Das schnelle Internet entscheidet über Wirtschaftsansiedlung und damit über Arbeitsplätze und Lebensqualität, über Wegzug oder Dableiben. Für die medizinische Versorgung einer immer älter werdenden Bevölkerung in dünnbesiedelten Räumen wird beispielsweise die Übertragung medizinischer Daten für Ferndiagnosen immer wichtiger. Solche Anwendungen setzen das schnelle Internet zwingend voraus. Angesichts der wegbrechenden klassischen Versorgungs-Infrastruktur braucht der Ländliche Raum gerade diese Innovationen. Sonst sei mit einer Abwärtsspirale zu rechnen, deren Folgen für die Gesellschaft richtig teuer werden kann, begründet Brigitte Scherb ihre Überzeugung.

„Die EU-Kommissarin Neelie Kroes hat die schnelle Breitbandtechnik zu Recht als „digitalen Sauerstoff“ für Wachstum und Wohlstand in Europa bezeichnet. Das trifft den Kern. Wir hoffen nun, dass die Empfehlungen der EU-Kommission zügig und ohne Wenn und Aber in Deutschland umgesetzt werden“, fordert Brigitte Scherb die Bundesregierung auf.